

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 115

21. Juni 1983

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender des AfA-Bundesausschusses, zu Geißlers Auseinandersetzung mit dem Pazifismus: Man sagt Gewissen - und er hört Verrat. Seite 1

Alfred Emmerlich MdB fordert die Politiker auf, Demonstrationsrecht und demokratische Entscheidungen zu schützen; Eskalation der Gewalt? Seite 3

Ingomar Hauchler MdB wirft der Rechtsregierung vor, eine gegen das eigene Volk gerichtete Geheimhaltungspolitik zu betreiben: Atomwaffen bei Otter und Ramelsloh? Seite 5

Petar Paterna MdB beschreibt ein neues Hobby des Postministers Schwarz-Schilling: "Extremisten"-Jagd. Seite 6

Dokumentation

Johannes Rau auf dem Parteitag der baden-württembergischen SPD (Teil I): Wirtschaft und Arbeit - zwei Aufgabenfelder vor uns. Seite 7

Man sagt Gewissen - und er hört Verrat

Heiner Geißlers Auseinandersetzung mit dem Pazifismus

Von Rudolf Dreßler MdB
Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Der Bundesjugendminister hat sich in der Bundestagsdebatte der vergangenen Woche erneut als bedenkenlose politische Spielernatur hervorgetan. Seine Bedenkenlosigkeit wird lediglich durch die Feigheit übertroffen, mit der er heute Vorhaltungen zu entfliehen gedenkt. Unter dem Eindruck unseres Widerspruches glaubte Heiner Geißler nämlich, seine erbärmlichen Einlassungen über eine Schuld des Pazifismus an den Untaten der Nazis "präzisieren" zu müssen. Nun will er von dem, was er vor dem Bundestag sagte, nichts mehr wahrhaben; er verweist auf "pazifistische Strömungen" während der dreißiger Jahre in westlichen Demokratien, die Hitler begünstigt hätten. Es ist derselbe Vorwurf, Geißler hat lediglich seinen Pflock um einige hundert Kilometer nach Westen verlegt, in der Hoffnung, daß ihm dorthin niemand folgen werde. Folgen wir doch der geißlerschen Logik und schauen wir uns an, wen er gemeint haben könnte.

Diese dreißiger Jahre wurden weitgehend geprägt in den westlichen Demokratien durch Konservative. Dementsprechend sind auch weitgehend Konservative für die grotesken Fehlbeurteilungen verantwortlich zu machen, die Hitlers Unrechtsregime das Leben erleichterten. Und wo sich Linke - wie im spanischen Bürgerkrieg - gegen den Würgegriff des Faschismus wehrten, waren zumeist konservative Regierungen mit einer verdrossenen Untätigkeit geschlagen. Und sollte Geißler etwa Chamberlain oder Daladier zu den Pazifisten rechnen, sollte er schlicht zur Nachhilfe verurteilt werden. Daß schließlich Pazifisten die sowjetische Militärmaschinerie am Vorabend des zweiten Weltkrieges lahmlegten und nicht Stalin mit seinen Säuberungen, wird Geißler selber nicht glauben wollen.



Was also meinte der CDU-Generalsekretär mit "pazifistischen Strömungen", die im Westen die Verteidigungsbereitschaft so geschwächt haben sollen, daß "Hitler seine Verbrechen begehen konnte" - Geißler am 16. Juni im NDR.

In den westlichen Demokratien gab es keine breiten pazifistischen Strömungen, die auf die Verteidigungsanstrengungen nennenswerten Einfluß gehabt hätten. Es gab Menschenrechtler, die Carl von Ossietzky bei seinem letzten Kampf gegen Militarismus und Chauvinismus beistanden - Einstein oder Kurt Grossmann wären zu nennen. Die wird Geißler hoffentlich nicht im Auge gehabt haben. Es gab ferner Bibelforscher und Adventisten in den westlichen Demokratien, die landeten zu Hunderten in den KZs der Nazis - zum Beispiel in Ravensbrück. Hat Geißler die gemeint?

Im Übrigen ist Geißlers Interpretation des Pazifismus im Ausland sehr übel vermerkt worden. Ich kann Herrn Geißler versichern, daß Freunde aus dem Ausland nicht wissen, ob sie ihrer Wut über seine abgrundtiefen Worte Ausdruck verleihen sollen oder ihrem Entsetzen. Es ist ja auch gleichgültig, ob Geißler Carl von Ossietzky an seiner eigenen Ermordung für schuldig befand oder französische, belgische, niederländische Pazifisten, die von den Nazis ins KZ geschickt worden sind. Geißlers Bösartigkeit hat lediglich die Nationalfarben getauscht. Über die ermordeten Pazifisten aus den von den Nazis besetzten Ländern glaubt er ungestraft Lügen verbreiten zu können, nachdem zuhause ordentlich Tacheles mit ihm geredet wurde. Geißlers Flucht ins westliche Ausland ist also keine Abschwächung, Relativierung, sondern Infamie und Beleidigung, multipliziert mit sehr kurz greifender Feigheit.

Mich wundert ferner, daß kaum ein namhafter Zeitgeschichtler Geißler bislang widersprochen hat. Wo bleiben die Professoren, die Herrn Geißler sagen: Bitteschön Herr Minister, was sie sagen, hat mit der Wahrheit nichts zu tun. Denken Sie doch einmal daran, daß es Établierte waren, die eine Appeasement-Politik betrieben haben - aber doch keine Pazifisten. Wo ist die Stimme der Historiker zu hören, die so vehement in die Auseinandersetzung um die angeblichen Hitler-Tagebücher eingegriffen haben, die Hillgrubers, Jäckels, Jacobsens und andere mehr. Vielleicht klären diese Experten Herrn Geißler über die Bedeutung des Pazifismus in den dreißiger Jahren auf und nehmen ihn kostenlos in geistige Pflege.

Ich sage angesichts des Unheils, das Geißler angerichtet hat und weiter anrichtet: Wird dieser fehlgeleitete Mensch nicht dazu veranlaßt, Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen, dann erleidet unsere Demokratie schweren Schaden. Denn nur die Apologeten der Auschwitz-Lüge können sich an seinen Pazifismus-Theorien erwärmen.

Geißler hat sich weit abgesetzt von den Demokraten. Er hat einen weiten Weg zurückzulegen, bis er wieder dazugehört. Denn es bleibt letztlich doch der Verdacht bestehen, daß Geißler deutsche Pazifisten im Sinn hatte, als er seine schrecklichen Worte aussprach. Seine Flucht ins Ausland, seine Verlegung auf andere pazifistische Strömungen besticht ja nicht, bricht in sich zusammen. Und: Die Herumtramperei auf von Ossietzky hat schließlich in der CDU Tradition. 1963 wies doch der damalige Hamburger CDU-Vorsitzende Rollmann das Ansinnen, auf einer von Ossietzky-Gedenkfeier zu sprechen, mit der Begründung zurück: "In unserem Volk den Willen der Verteidigung auch mit der Waffe zu stärken, ist das Gebot der Stunde. Darum meine ich, daß der Pazifist Carl von Ossietzky uns heute nichts nichts mehr zu sagen hat." (-/21.6.1983/ks/va)

+ + +



Eskalation der Gewalt?

Die Politiker müssen das Demonstrationsrecht und die demokratischen Entscheidungen schützen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Wir alle sehen dem Herbst mit Sorge entgegen. Werden sich die USA und die UdSSR in Genf einigen und einen vielleicht entscheidenden Schritt zur Beendigung des nuklearen Rüstungswettlaufs zustande bringen? Wird es gelingen, die Stationierung von Pershing II in der Bundesrepublik zu verhindern? Werden die unvermeidlichen Auseinandersetzungen über das, was zur Erhaltung des Friedens notwendig ist, friedlich verlaufen und die demokratischen Grundregeln eingehalten? Ist die, zum Beispiel vom bayerischen Innenminister Hillermeier vorausgesagte "Eskalation der Gewalt" unvermeidbar?

Alle Verantwortlichen in der Friedensbewegung, in den politischen Parteien und insbesondere in den Regierungen des Bundes und der Bundesländer sowie bei den Sicherheitsbehörden haben die Pflicht, alles ihnen mögliche zu tun, um diese von Hillermeier und anderen zu eilig prognostizierte "Eskalation der Gewalt" zu verhindern.

Wer gegen die Stationierung ist, hat selbstverständlich das Recht, vor und nach der Entscheidung über eine etwaige Stationierung für seine Auffassung auch durch Demonstrationen öffentlich zu werben. Der Staat darf ihn bei der Wahrnehmung seiner Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstration nicht behindern. Die Sicherheitsbehörden haben die Aufgabe, dazu beizutragen, daß den Bürgern die Äußerung ihrer Meinung durch Demonstration möglich ist.

Wer allerdings beabsichtigt, sich über das Recht des demokratisch gewählten Parlaments, politische Fragen zu entscheiden, hinwegzusetzen und die Durchsetzung demokratisch zustandegekommener Entscheidungen durch Anwendung von Gewalt verhindern will, setzt sich zu demokratischen Prinzipien in Widerspruch. Er setzt an ihre Stelle demokratisch nicht legitimierte und unkontrollierte private Gewalt. Er gefährdet das friedliche, durch die Regeln der Demokratie und des Rechts bestimmte Zusammenleben der Menschen. Die Gewalt, die er anwendet, wird nicht dazu führen, daß seine politischen Ziele verwirklicht werden, sondern diese Gewalt wird vielfach verstärkt gegen ihn und sein politisches Wollen zurückschlagen. Diejenigen, die in diesem Herbst zu Demonstrationen und Aktionen aufrufen, die sie planen, lenken und durchführen, müssen sich stets auch der Verantwortung bewußt sein, die sie für jeden Einzelnen übernehmen, der durch sie veranlaßt wird, an Demonstrationen und Aktionen teilzunehmen. Sie haben nicht das Recht, die berechnete Zukunftssorge der Menschen und ihre Bereitschaft, sich für eine bessere Zukunft, für eine Zukunft ohne Waffen, einzusetzen, zu mißbrauchen, indem sie sie in die Gewalt hineinführen oder in die Gewalt hineintaumeln lassen, indem sie sie in Gefahr für ihr Leben, für ihre Gesundheit oder für ihre Freiheit bringen.

Noch größer als die Verantwortung der Führungspersonen der Friedensbewegung ist die Verantwortung der Politiker: Der Abgeordneten und der Regierung, des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten, der Innenminister, der Parteivorsitzenden und der führenden Parteifunktionäre. Sie können mehr als andere dazu beitragen, daß es nicht zur Eskalation der Gewalt kommt. Es ist ihre Pflicht, alle Möglichkeiten, die sie dabei haben, wahrzunehmen.



Es ist zwar richtig, daß es kleine, zur Gewaltanwendung entschlossene Minderheiten gibt. Es ist aber falsch und im hohen Maße schädlich - weil die Eskalation der Gewalt provozierend - wenn der Eindruck erweckt wird, als seien die Friedensbewegung oder große Teile von ihr für die Anwendung von Gewalt. Richtig ist, daß kommunistische und extremistische Gruppen versuchen, in der Friedensbewegung Fuß zu fassen und in ihr Einfluß zu gewinnen. Falsch und schädlich aber ist es, den Eindruck hervorzurufen, als sei die Friedensbewegung kommunistisch gesteuert und finanziert.

Wer die Friedensbewegung in den Verdacht bringt, sie sei unfriedlich und kommunistisch beeinflußt, der wird zweierlei erreichen: Daß sich in der Bevölkerung und auch bei den Ordnungskräften aggressive Einstellungen gegen die Friedensbewegung aufbauen, die die Eskalation der Gewalt geradezu heraufbeschwören. Und daß die Mitglieder der Friedensbewegung sich diskriminiert und mit unzulässigen Mitteln bekämpft fühlen und dadurch in Gefahr geraten, gewalttätigen Gruppen Verständnis entgegenzubringen, sie zu dulden und in Gewaltakte hineingezogen zu werden.

Den verantwortlichen Politikern ist dringend anzuraten, den ständigen Kontakt und das ständige Gespräch zu den Führungspersonen der Friedensbewegung zu suchen. Der Friedensbewegung muß unbeschadet abweichender politischer Auffassungen die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts ermöglicht werden. Gemeinsam sollte überlegt werden, was getan werden muß, damit es nicht zur Eskalation der Gewalt kommt. Alle bisherigen Erfahrungen bestätigen, daß eine Einbeziehung und eine Beteiligung der Friedensbewegung am ehesten und am wirksamsten geeignet ist, Gewalt zu verhindern oder sie, wenn es an einzelnen Stellen dazu doch kommt, zu begrenzen und einzudämmen.

Wer dieses notwendige Zusammenwirken mit der Friedensbewegung will, der darf ihr trotz unterschiedlicher Auffassungen den Respekt nicht versagen. Er muß bereit sein, die Friedensbewegung so ernst zu nehmen wie sich selbst.

Leider werfen Politiker der Friedensbewegung zu häufig und zu schnell vor, die Erhaltung des allgemeinen Landfriedens und der parlamentarischen Demokratie gering zu schätzen. Nicht selten tun sie das auch in der Absicht, die Sachargumente der Friedensbewegung abzuwerten. Wir Politiker sollten uns vor allem darum kümmern, wie wir unsererseits zur Erhaltung des inneren Friedens und zur Bewahrung der parlamentarischen Demokratie beitragen können. Uns ist es nicht erlaubt, auf den Splitter im Auge des anderen zu zeigen, den Balken im eigenen Auge aber zu ignorieren.

(-/21.6.1983/ks/ca)

+ + +



Atomwaffen bei Otter und Ramelsloh?

Die Rechtsregierung betreibt eine gegen das eigene Volk gerichtete Geheimhaltungspolitik

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Zwei Militärdepots werden im Landkreis Harburg neu errichtet - die amtliche Bestätigung dieser Vorhaben gab der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverteidigungsministerium, Würzbach, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages ab. Danach hat das bei Ramelsloh geplante Versorgungslager die bürokratischen Hürden bereits genommen; für das bei Otter vorgesehene Depot muß "die Stellungnahme der niedersächsischen Landesregierung noch abgewartet werden."

Auf meine erste Zusatzfrage nach weiteren Depotplänen im Landkreis erklärte der Staatssekretär, er könne "nach dem augenblicklichen Stand meiner Kenntnis und der Planungen, zu denen wir Zugang haben", bestätigen, daß keine weiteren Depots im Landkreis Harburg errichtet werden sollen - womit er überhaupt nichts bestätigt hat. Denn im Klartext heißt das: Schon morgen kann es neue Pläne geben. Im übrigen: Gehen Planungen, zu denen er keinen "Zugang" hat, die betroffenen Bürger nichts an?

Die derzeitige Bundesregierung betreibt auf diesem Gebiet eine skandalöse Geheimhaltungspolitik, die einem Mißtrauensvotum gegen das eigene Volk gleichkommt. Das machte der Staatssekretär unmißverständlich klar, als es um meine weitere Zusatzfrage nach der Nutzung der Depots bei Otter und Ramelsloh ging. Sie lautete: "Ist auszuschließen, daß dort atomare, chemische oder biologische Waffen gelagert werden?" Die Antwort: "Ortsangaben über die Lagerung oder Nichtlagerung von Sonderwaffen unterliegen Geheimhaltungsbestimmungen und werden von der Bundesregierung auch anlässlich solcher Fragen weder dementiert noch bestätigt." Das ist nun wirklich alarmierend. Im Klartext heißt das nämlich: Grundsätzlich kann jedes dieser Versorgungslager, die so angelegt sind, "daß sie nach Bedarf von allen verbündeten Streitkräften genutzt werden können" (Würzbach), zur Einlagerung von "Sonderwaffen" (so die beschönigende amtliche Bezeichnung) dienen. Was das Depot vor ihrer Haustür enthält, geht die Bürger nichts an.

Mit dieser Antwort steht fest, daß die bisherigen Äußerungen der Regierung, in Otter und Ramelsloh würden keine Waffen, sondern nur Treibstoffe, Kleidung und andere Ausrüstungs- und Versorgungsgüter gelagert, falsch sind. Nun ist klar: Die Bürger sollten ruhig gestellt, Bürgerproteste abgewiegelt werden. Für mich ergibt sich aus der ausweichenden Antwort der Bundesregierung, daß, wenn nicht Pershing II-Raketen, dann atomar bestückte Marschflugkörper in Otter oder Ramelsloh gelagert werden können und daß damit auch der Landkreis Harburg ein vorrangiger Zielpunkt gegnerischer Atomraketen wäre.

Die Geheimhaltungspolitik der Bundesregierung in einer für die Bürger lebenswichtigen Frage ist nicht zu rechtfertigen. In den USA kann jedermann in Broschüren amerikanischer Rüstungsunternehmen nachlesen, wo in der Bundesrepublik Deutschland Standorte zu finden sind. Für die Regierung Kohl ist es laut Würzbach aber eine "Sicherheitsüberlegung", "so wenigen Menschen in verantwortlichen Funktionen wie möglich und nur so vielen wie nötig solche Dinge mitzuteilen". Es ist ein unerhörter Vorgang, wenn eine Regierung die Sicherheit der eigenen Bevölkerung nur dann für gewährleistet hält, wenn diese Bevölkerung ahnungslos ist und im Ungewissen gehalten werden kann.

Die SPD-Fraktion wird alles daransetzen, daß das Parlament besonders in einer so tiefgehenden Frage wie der Stationierung von Massenvernichtungswaffen seine Funktionen wirklich wahrnehmen kann: Kontrolle, Informationsvermittlung, öffentliche Debatte, Beschlüsse. Letztlich hat die Volksvertretung zu entscheiden, was geheim bleiben kann und was nicht; die Regierung hat das zu akzeptieren, mag es ihr auch noch so sehr gegen den Strich gehen.

Es ist unerträglich, daß verantwortliche Amtsträger, die sich im Falle eines Atomkriegs fernab in sichere Bunker zurückziehen, denen, die wie eh und je den Kopf hinhalten müssen, der Bevölkerung, verheimlichen wollen, ob und in welchem Ausmaß sie gefährdet ist. Mit ihrer Geheimniskrämerei mißachtet die neue Rechtsregierung Kohl ein klassisches Prinzip der parlamentarischen Demokratie. Dieses lautet: Die parlamentarischen Vertreter des Volkes können nur insoweit legitim für die Bürger stellvertretend handeln, als sie die Gründe und Tatsachen, die ihren Entscheidungen zu Grunde liegen, öffentlich machen und zur Diskussion stellen.

(-/21.6.1983/ks/ca)

"Extremisten"-Jagd

Schwarz-Schillings neues Hobby?

Von Peter Paterna MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für das Post- und Fernmeldewesen

Es gibt zahlreiche Hinweise dafür, daß Postminister Schwarz-Schilling nach seinen unternehmensfremden Ausflügen in die Medienpolitik an einer neuen "Front" beweisen will, daß er den Aufruf seines Kanzlers zur Wende energischer und gründlicher befolgen will als andere Kabinettskollegen:

- Er läßt es sich nicht nehmen, Disziplinarverfahren, mit denen DKP-Mitglieder als "Extremisten" zur Strecke gebracht werden sollen, persönlich voranzutreiben.
- Das wachsame Auge ruht nicht nur auf DKP-Mitgliedern, sondern zum Beispiel auch auf Postlerinnen, die mit DKP-Mitgliedern "befreundet" sind.
- Neue Zielgruppen für den Vorkämpfer einer wehrhaften Demokratie werden angepeilt, wenn zum Beispiel die Teilnahme an einem Ostermarsch und im gleichen Fall die Teilnahme an einer Demonstration gegen eine Reichsgründungsfeier der NPD als vorwerfbare "Erkenntnisse" bei Disziplinarmaßnahmen auftauchen.
- Einem Postler, gegen den ein Verfahren läuft, wurde eine Touristenreise in die Sowjetunion untersagt, begründet mit "hochrangigem Interesse der Allgemeinheit".
- Einem Postler wird als Entlassungsgrund vorgehalten, daß er Abgeordneter in einer Stadtverordnetenversammlung ist. Als erschwerend wird gewertet, daß er dieses Mandat schon jahrelang wahrnimmt - nachweislich ohne Gefährdung des freiheitlichen Rechtsstaats.

Diese und weitere Anhaltspunkte für besonderen Eifer bei der Bundespost ergaben sich nach Auswertung diverser Presseveröffentlichungen und dokumentierter Schriftsätze aus dem Postministerium und nachgeordneten Dienststellen. Ich führte unter anderem in Bonn ein Gespräch mit betroffenen Postlern (Hans Meister, Herbert Bastian, Wolfgang Repp, Axel Brück, Egon Momberger). An diesem Gespräch nahmen die SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Conradi, Ottmar Schreiner und Gerhard Schröder teil. Ich werde, unterstützt von Fraktionskollegen, zunächst durch Fragen an die Bundesregierung genauer aufzuklären versuchen, wo im Bereich der Bundespost verstärkte Kontrolle zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit bei Disziplinarverfahren geboten ist.

(-/21.6.1983/va-he/ca)

+

+

+



DOKUMENTATION

Auf dem Parteitag der baden-württembergischen SPD hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau am vergangenen Wochenende unter anderem folgendes ausgeführt; wir veröffentlichen den Text in zwei Teilen:

Zwei Aufgabenfelder vor uns: Wirtschaft und Arbeit (Teil I)

Die Menschen wollen Hoffnung, und sie wollen Orientierung. Wir Sozialdemokraten geraten in vielen Politikbereichen zu leicht in die Rolle der Problemwähler, der Schwarzseher und Reichsbedenkenträger. Natürlich dürfen wir die Dinge nicht sträflich vereinfachen und nach dem Vorbild der CDU sozusagen überall den Aufschwung versprechen und Lehrstellengarantien abgeben. Es reicht nicht, darüber zu zetern, daß die Union damit den Wahlsieg errungen hat. Die Menschen wollen von der Politik auch eine Antwort, wo es lang gehen soll und daß man es schaffen kann. Gerade weil viel Unsicherheit unter den Menschen ist, fühlen sie sich leicht wie ein Patient, an dessen Krankenbett die Ärzte streiten: Das ist das letzte, was er brauchen kann.

Und die Menschen brauchen Orientierung, gerade weil so vieles unsicher geworden ist, was über Jahrzehnte hinweg als selbstverständlich galt: Hohe reale Wachstumsraten, die Vollbeschäftigung sicherten; billige Energie; scheinbar unerschöpfliche natürliche Ressourcen; vernünftige Zinsen und feste Wechselkurse; und auch, in der Ära der Entspannung, ein halbwegs erträgliches Nebeneinander der großen Machtblöcke in der Welt. Nichts von alledem ist mehr sicher. Ist es nicht verständlich, daß die Menschen unsicher sind? Und ist es nicht auch verständlich, daß manche zu denen mit den einfacheren Antworten flüchten, zu denen, die einfach den Aufschwung versprechen und das Trugbild der 50er Jahre als Zukunftslösung ausmalen?

Das sind die Fragen, die die Menschen heute unsicher machen:

- Zukunft der Arbeit: Müssen wir die Massenarbeitslosigkeit wirklich hinnehmen? Was kann man gegen den ungeheuren Arbeitsplatzabbau infolge der technologischen Revolution tun? Geht unserer Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Hilft Arbeitszeitverkürzung und wie wird sie finanziert? Werden wir mit weniger Arbeit nicht viel ärmer sein?
- Zukunft unserer Wirtschaft: Ist der Aufschwung machbar, und löst er unsere Probleme - schafft er Arbeitsplätze? Was ist mit der Wachstumskrise? Was bedeutet Nullwachstum eigentlich? Warum gibt es so viele Pleiten?
- Zukunft der Natur: Mir liegt eine Umfrage vor, derzufolge zwei Drittel aller Bundesbürger nicht glauben, daß die Natur die technisch-industrielle Revolution überleben werde. Müssen wir zusehen, wie der Wald stirbt? Tauchen nicht schon neue Probleme am Horizont auf: Zum Beispiel Wasser? Können wir etwas dagegen tun - und können wir es uns leisten?
- Zukunft der sozialen Sicherung: Ist die noch sicher? Und bezahlbar? Wer alt, wer krank, wer arbeitslos ist, wird der in Zukunft wieder in echter Armut leben müssen?

Liebe Freunde, das sind die Fragen, die die Menschen wirklich bewegen.

Auf zwei Themen will ich mich heute konzentrieren: Wirtschaft und Arbeit.

Geht uns die Arbeit aus?

1. Zunächst die Fakten: 11,5 Millionen Arbeitslose in der EG. 2,5 Millionen im Jahresdurchschnitt 1983 in der Bundesrepublik.

Wissenschaftler, Gewerkschafter warnen, 1984 eher vier als drei Millionen Arbeitslose, wenn man die Dinge treiben läßt. Aber die Dinge treiben lassen, scheint ja geradezu das Motto der neuen Bundesregierung zu sein. Dagegen müssen wir uns unmißverständlich stellen.

Denn noch bedrohlicher ist der zukünftige Wegfall von Arbeitsplätzen. Das Prognos-Institut Basel schätzt, bis zum Jahr 2000 - das sind noch 16 1/2 Jahre - werde sich die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, bei gleichbleibendem Produktionsvolumen, um 50 Prozent reduzieren.



Die Union hat die Wähler mit dem Versprechen eines "Aufschwungs" gelockt, der ohnehin nicht kommt; Zinsen steigen wieder. Aber selbst wenn er käme - wir wünschen ihn gewiß auch -; selbst glühende Marktwirtschaftler glauben nicht an die jährliche Produktionssteigerung von 3,5 Prozent, die nötig wäre, um auch nur einen Stillstand der Arbeitsplatzverluste zu erreichen. Ein Aufschwung, bei dem gleichwohl noch mehr Menschen arbeitslos werden, ist für uns kein wirtschaftspolitisches Programm!

Wo also führt das hin - zu der "jobless society", wie die Amerikaner es formuliert haben, zu einer Gesellschaft ohne Arbeitsplätze? Zu menschenleeren, vollautomatischen Fabriken, vor denen arbeitslose Menschen um Arbeitsplätze anstehen? Und das ist ja zum Teil schon Realität...

2. Warum ist der Aufschwung zwar wünschenswert, aber als Programm in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik eine Lebenslüge? Weil dahinter die gewohnte Vorstellung steht, die Arbeitsplatzverluste infolge der Rationalisierungen könnten durch Wachstum aufgefangen werden.

Aber wir stehen heute am Ende des Zeitalters hoher Zuwachsraten. Auch bei der Union haben das die Klügeren schon erkannt. Wir wissen heute, daß die einst weitverbreitete Vorstellung, hohe Wachstums-Zuwachsraten seien über Jahrzehnte hinaus möglich, eine leichtsinnige Hoffnung, ein ökonomischer Denkfehler war.

Hauptgründe: Verknappung der Ressourcen, tendenzielle Sättigung vieler Märkte. Wir haben erkannt: Natürliche Rohstoffe werdenknapp, vor allem die Natur als Rohstoff wird knapp.

Zulange haben wir einen Typus von Produktion geduldet, der die Ressource Natur als billig bis kostenlos einkalkulieren durfte. Heute gilt, ökonomisch ausgedrückt: Die Preise von Natur steigen; dies zwingt zu Anpassungen.

Zweitens: Sättigungen, Konsumgüter, Arbeitsplatzintensive Rohstoffverarbeitung: Kohle, Stahl.

Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs: Wir produzieren heute im Prinzip bereits zu viel. Leben wir nicht schon in einer Überflußgesellschaft - dies nicht im gewohnten Sinn des Luxuskonsums, sondern des buchstäblichen Vergeudens, des sinnlosen und oft unmoralischen Wegwerfens von Produkten? Die Landwirtschaft produziert mehr Nahrungsmittel als wir verbrauchen können...

Wir subventionieren offen die Produktion von Gütern, die nicht gebraucht werden, für deren Vernichtung wir selbst wieder zahlen müssen. Nell-Breuning: "Um die Menschen in Arbeit zu bringen, müssen wir sie damit beschäftigen, immer mehr Zeug herzustellen, das wir nicht brauchen, und zehren damit die Rohstoffe auf und verschandeln mit den Abfällen die Umwelt."

Wir tun das um der Arbeitsplätze willen. Leidenschaftlich wehre ich mich gegen jene, die uns das zum Vorwurf machen wollen! Seien es grüne Wachstumskritiker, seien es lupenreine Marktideologen. Aber ich mache mir Sorgen. Wir sind in der Defensive. Wir werden von Ökonomie und Ökologie objektiv gleichzeitig in die Zange genommen. Die Schrumpfung ist nicht aufzuhalten oder es wird jedenfalls unbezahlbar teuer, sie aufzuhalten. Wie lange kann man Arbeitsplätze erhalten, deren Unterhaltung keinen Gewinn bringt, deren Produkte nicht gebraucht werden und deren Herstellungsprozeß umweltschädlich ist?

Haben wir zukunftsorientierte, offensive Antworten auf diese Probleme? Wir haben sie:

- Im Bereich Wirtschaft: qualitatives Wachstum
- Im Bereich Arbeit: Arbeitszeitverkürzung.

Das, glaube ich, sind Schlüsselstrategien. Aber wir müssen sie einfordern und - wo wir können - einlösen!



Entscheiden, was wachsen soll

Wir Sozialdemokraten sind für Wachstum. Daran soll niemand zweifeln dürfen. Diejenigen, die mit einer Philosophie des gewollten Nullwachstums hantieren - im Blick auf die Sättigungen, von denen ich gesprochen habe, auf die Ressourcen-Verknappung mögen es gut meinen; aber sie bieten einen untauglichen Weg an.

Wohl aber haben sie recht mit ihrem Hinweis, daß die unbegrenzte Vermehrung quantitativen Wachstums nicht mehr möglich ist. Aber die richtige Antwort darauf heißt: Gezielte Förderung dessen, was wachsen soll. Qualitatives Wachstum. Qualitatives Wachstum ist ausdrückliche Leitlinie unserer Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Erhard Eppler, der ja früher als andere das Ende des pauschalen Wachstums auf breiter Front erkannt und die Notwendigkeit qualifizierter Wachstumsförderung begriffen hat, hat unlängst vor dem Begriff qualitatives Wachstum gewarnt. Da verstünden zu viele zu verschiedenen darunter. Halten wir also einen Augenblick inne und sehen genauer hin, was damit gemeint ist. Denn in der Tat: Wir sollten unsere Begriffe klar halten, damit die Menschen verstehen, was wir eigentlich meinen.

Warum also gezieltes Wachstum, statt jenes "ungezügelter". Und was soll da - unter dem Stichwort qualitativ - wachsen?

a/ Zu gezieltem (auswählendem) Wachstum zwingt uns ja schon der dramatische Strukturwandel unserer Wirtschaft. Wir in Nordrhein-Westfalen erleben ihn besonders schmerzhaft. Branchen und Zweige schrumpfen. Unsere Hauptaufgabe schon in den letzten Jahren und auch in den kommenden ist und war, das Land einzustellen, die Landespolitik einzustellen auf den Anpassungsprozeß, ihn sozial abzufedern, das Erreichte sinnvoll zu konsolidieren.

Und Neues in Gang zu setzen: Aktive Strukturpolitik, zum Beispiel Energie und Kohlevorrangpolitik; Gemeinschaftsaufgabe regionale Strukturpolitik; Technologieprogramme; Forschungspolitik: Ausbau und weitere Ansiedlung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen und sonstiger für die technologische Entwicklung bedeutsamer Institutionen. Technologietransfer.

Den Gegnern einer solchen Strategie, die darin einen Anschlag auf die freie Marktwirtschaft wittern, halte ich einen absolut richtigen Hinweis von Richard Löwenthal aus letzter Zeit entgegen:

"Wir haben die ganzen Jahre nicht eine sogenannte freie Marktwirtschaft gehabt. Das ist eine fromme Legende. Wir haben eine gesteuerte, eine keynesianische gesteuerte Marktwirtschaft gehabt. Und wir sind 25 Jahre damit gut gefahren."

Löwenthal fügt hinzu: Die Globalsteuerung reicht heute nicht mehr. Wir brauchen auch - wenigstens zum Teil eine Steuerung der Richtung der Investitionen. Damit ist keineswegs Investitionskontrolle gemeint oder dergleichen. Ich bin vielmehr strikt dagegen, daß sich der Staat in betriebliche Investitionsentscheidungen einmischt. Aber er muß die Richtung vorgeben, er muß anreizen und abdämpfen durch Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik.

In der Tat, wenn wir entscheiden wollen, was wachsen soll, dann müssen wir es auch entscheidbar machen. Wir brauchen einen bundesweiten Ausbau des Instrumentariums Strukturpolitik: Die Strukturberichterstattung der Bundesregierung muß aus einer mehr historisch-erzählerischen Angelegenheit zu einer brauchbaren Planungsgrundlage werden.

Und es muß über bessere Instrumente auf der Bundesebene nachgedacht werden, Auch über fiskalpolitische. Es gibt zum Beispiel den Vorschlag, durch eine breitere Differenzierung der Mehrwertsteuer wie in anderen europäischen Ländern - bei uns gibt es ja nur zwei Formen, den vollen und den halben Satz - Nachfrage- und somit Wachstumsanreize zu bieten. Dies soll und kann kostenneutral sein. (-/21.6.1983/ks/ca)

+ + +

(Fortsetzung folgt am 22. Juni 1983)

Verantwortlich: Willi Carl

